

# Nicht wirklich ernst genommen

Früherer Sexismus im Bundeshaus: Ehemalige Politikerinnen erzählen, wie sie als Frauen herabgesetzt wurden

VON DENNIS BÜHLER UND JONAS SCHMID

Das Gruppenbild erinnert an eine Aufnahme an einer Töcherschule: elf Nationalrätinnen und eine Ständerätin posieren vor einer Bücherwand. Artig falten sie die Hände, sitzbar sind die Beine drapiert. Prominent ins historische Bild gerückt ist aber vor allem einer: der Fotograf - ein Mann. Die Damen sind die ersten Parlamentarierinnen, die vor 46 Jahren ins Parlament einzogen. Erst mit der Einführung des Wahl- und Stimmrechts 1971 erhielten sie Zugang zur Politik. Waren die Frauen der ersten Stunde dort willkommen? Wie erlebten sie Sexismus und strukturelle Benachteiligung? Vor zwei Wochen erschütterte die Stalking-Affäre um den Walliser CVP-Nationalrat Yannick Buttet das Bundeshaus. Sie führte so weit, dass die Verwaltungsdelegation am letzten Mittwoch eine Checkliste verteilen liess, damit die Politiker in Zukunft sexuelle Belästigung von harmlosen Flirts unterscheiden können.

Hanna Sahlfeld-Singer war 1971 nicht nur die erste SP-Nationalrätin des Kantons St. Gallen, sie war auch die erste Parlamentarierin, die im Amt Mutter wurde. Damit die heute 74-Jährige politisieren durfte, musste sie auf ihren Beruf verzichten. In der früheren Bundesverfassung war ausdrücklich ein Verbot für Pfarrerpersonen im Parlament verankert. «Als Frau und Pfarrerin kam ich mit einem gesunden Misstrauen nach Bern», erinnert sich Sahlfeld-Singer. «Ich wusste, dass mich der kleinste Skandal ruinieren würde.» Um keine Angriffsfläche zu bieten, gab sie sich strikte Regeln: Kein Alkohol und abends frühzeitig zurück ins Hotel. «Einmal luden mich einige Herren der CVP-Fraktion zu einem Essen ein», erzählt sie. Sahlfeld-Singer bestand darauf, dass diese eine Kollegin ihrer Fraktion mitnahmen. «Das schaffte die nötige Distanz.»

## Auf allen Ebenen

Ruth-Gaby Vermot-Mangold absolvierte die ganze politische Ochsentour: Die SP-Frau war Berner Stadträtin, Grossrätin, Nationalrätin und Europarätin. Nach zwölf Jahren im Nationalrat trat sie 2007 zurück. «Jede Frau war und ist von Sexismus betroffen», sagt die 76-Jährige rückblickend. Sexismus habe verschiedene Gesichter: «Zum Beispiel wurden Frauen mit Kindern in der Politik immer kritisiert. Mein Mann war in den 70er-Jahren Hausmann. Da gab es



Die ersten Frauen im Bundeshaus: Elisabeth Blunsky, Hedi Lang, Hanny Thalmann, Helen Meyer, Lilian Uchtenhagen, Josi Meyer und Hanna Sahlfeld (stehend v. l.), Tilo Frey, Gabrielle Nanchen, Liselotte Spreng, Martha Ribl und Nelly Wicky (sitzend v. l.) in einer Aufnahme vom Juli 1972. KEYSTONE

doppelte Häme: Der arme Mann muss staubsaugen, während seine Frau Karriere machen will, hiess es.»

In der Politik gehe es um Macht. Die sexistische Schiene werde dazu genutzt, Frauen davon abzuhalten, sich aktiv für ihre Karriere einzusetzen. «Es hiess: «Du bist viel attraktiver und für die Gesellschaft nützlicher, wenn du dich um die Kinder kümmerst.» Um gegen diese Abwertung zu kämpfen, würden Frauen viel Lebensenergie verschwenden. Mit anderen Frauen setzte sich Vermot-Mangold Ende der 90er-Jahre dafür ein, dass die Polizei eine Hotline einrichtete. Denn Politikerinnen, die sich mit heiklen Dossiers beschäftigten, würden oft bedroht. «Die Sicherheitskräfte nahmen uns lange nicht ernst. Es hiess: übertreibt mal nicht.» Hinweisen von Männern hingegen sei sofort nachgegangen worden.

Eine Alt-Politikerin, die nicht genannt werden möchte, nennt ein anderes Beispiel struktureller Benachteiligung:

«Frauen müssen mehr beweisen als Männer», sagt sie. Oft habe sie beobachtet, wie Männer das Couvert mit den Unterlagen erst an der Sitzung selbst öffneten. «Als Frau konnte ich es mir nicht leisten, unvorbereitet an eine Sitzung zu gehen.»

Im neunköpfigen Dübendorfer Stadtrat war die CVP-Politikerin Rosmarie Zapfl ab Ende der 70er-Jahre das einzige weibliche Mitglied. «Ich wurde von meinen Kollegen oft nicht wirklich ernstgenommen», sagt sie. Bei Auseinandersetzungen im Gremium sei es kaum je um die Sache gegangen, stets sei auf sie als Frau gezielt worden. So erinnert sich Zapfl daran, wie ihr Antrag als Vorsteherin des Tiefbauamtes auf Tempo 50 innerorts von einem Regierungskollegen mit den Worten abgekanzelt wurde: «Dich hätte ich für eine rassigere Frau gehalten, Rosmarie.» Vorher habe er sie einige Male von Kopf bis Fuss mit seinen Blicken taxiert. Mit Verkehrspolitik habe das nichts mehr zu tun gehabt.

Auf jeder politischen Ebene sei sie mit Sexismus konfrontiert gewesen, sagt die 78-jährige CVPLerin. «Als arrivierte Politikerin im Nationalrat genauso wie Jahrzehnte zuvor als Einsteigerin im Dübendorfer Gemeinderat.» Auch innerhalb ihrer Partei habe sie einen schweren Stand gehabt: Nachdem sie sich für einen EU-Beitritt starkgemacht hatte, wurde sie von einem Kollegen vor der Fraktion beschimpft und weder Fraktionschef noch Bundesrätin hätten sie vor dem Gremium unterstützt, obschon diese eigentlich ihrer Meinung waren, erzählt Zapfl. «Ich wurde fallen gelassen wie eine heisse Kartoffel. Ich konnte nicht auf Männerseilschaften zählen wie meine Kollegen.»

## Veränderung in den Köpfen

In ihrer Generation seien fast alle Frauen Opfer von sexuellen Übergriffen geworden, sagt sie. Es habe damals keine wirksame Möglichkeit gegeben, sich dagegen zu wehren. «Wer

auf einem Polizeiposten Strafanzeige einreichen wollte, wurde als Flittchen angesehen», so Zapfl. «Es herrschte die Meinung vor: Wer Jeans trägt, ist selbst schuld.» Entsprechend sei ihre Generation bereits erzogen worden.

Als kleinen Fortschritt wertet es Rosmarie Zapfl, dass mittlerweile auf höchster politischer Ebene über Stalking und sexuelle Übergriffe gesprochen wird. Vor allem die Einrichtung einer Beratungsstelle begrüsst die Alt-Nationalrätin. «Doch wenn in den Köpfen kein Umdenken stattfindet, nützt keine Beratungsstelle und kein Gesetz.»

73 Parlamentarierinnen politisieren heute im Bundeshaus. Gemessen an der Bevölkerung sind Frauen noch immer stark untervertreten. Nicht zuletzt dank der #MeToo-Kampagne reagiert die Öffentlichkeit heute zwar sensibler auf das Thema Sexismus. Besiegt ist er deswegen aber noch lange nicht.

## Fernbusse: Verkehrspolitiker fühlen sich übergangen

Parlamentarier kritisieren «die plötzliche Änderung der bisherigen Praxis».

VON ANTONIO FUMAGALLI

Wer diese Woche im Bundeshaus durch die Wandelhalle ging, konnte beobachten, wie führende Verkehrspolitiker die Köpfe zusammensteckten. Was sie im Schilde führten, wollten sie damals noch nicht im Detail verraten. Gestern nun überreichten sie dem Bundesrat das Resultat ihrer gemeinsamen Arbeit: In einer Interpellation stellen sie Fragen zu einem der derzeit aktuellsten Themen der Schweizer Verkehrspolitik, dem Fernbusverkehr. Eingereicht hat sie Nationalrat Martin Candinas (CVP/GR), mitgewirkt (und unterzeichnet) haben aber auch SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz (BE), TCS-Vizepräsident Thierry Burkart (FDP/AG) und Edith Graf-Litscher (SP/TG), Präsidentin der nationalrätlichen Verkehrskommission (KVF).

Hintergrund des parteiübergreifenden Vorpreschens: Im Oktober publizierte der Bundesrat einen Bericht, der

seither in der Branche für Aufregung sorgt. Die Landesregierung sprach sich darin - innerhalb des geltenden Rechts - für eine vorsichtige Öffnung des Busverkehrs aus. Sprich: Konzessionierte Fernbusse sollen eine «punktuelle Ergänzung» sein oder dort eingesetzt werden, wo die Eisenbahn nicht optimale Verbindungen anbieten kann.

Was seither passiert, kann als eigentlicher Goldrausch der Busbranche bezeichnet werden. Mehrere Operateure haben in den vergangenen Wochen beim Bundesamt für Verkehr Konzessionsgesuche eingereicht, die nun geprüft werden. Gerade gestern kündigte das Badener Busunternehmen Twerenbold an, Direktverbindungen nach Andermatt anbieten zu wollen («Die Nordwestschweiz» berichtete).

## «Wildwuchs» verhindern

Den Verkehrspolitikern ist das Vorgehen des Bundes jedoch zu unkoordiniert. «Wo bleibt der politische Grundsatzentscheid?», lautet der Titel der Interpellation. Sie zeigen sich «erstau über die plötzliche Änderung der bisherigen Praxis» und bemängeln, dass das

Parlament bis anhin keine Mitsprachemöglichkeit hatte - denn der Bundesrat ist der Ansicht, dass keine Gesetzesänderungen nötig sind. Konkret befürchten die Parlamentarier etwa, dass der Bund Konzessionsgesuche von Busanbietern bewilligt, die parallel zum regionalen Zugverkehr geführt würden. «Das hätte zur Folge, dass der Regionalverkehr seine Kosten noch weniger decken könnte - und es für die Steuerzahler damit teurer würde», sagt CVP-Mann Candinas. SVP-Nationalrat Amstutz will seinerseits verhindern, dass das Kabotageverbot aufgeweicht wird, sonst drängen ausländische Car-Unternehmer in die Schweiz, die dank ihrer tiefen Löhne und Kostenstruktur die hiesigen Anbieter verdrängen. «Es darf keinen Wildwuchs geben. Wir wollen eine saubere Ausgangslage und faire Wettbewerbsbedingungen», so der Präsident des Nutzfahrzeugverbands Astag.

Der Bundesrat wird die Fragen bis kommenden Frühling beantworten. Untätig werden die Verkehrspolitiker bis dahin allerdings nicht sein - die KVF hat das Thema Fernbusse im Januar bereits traktandiert.

## Grenzwächter kämpft

Der Fall eines Schweizer Grenzwächters, der einer schwangeren Flüchtlingsfrau medizinische Hilfe versagte, ist noch nicht abgeschlossen. Gegen das erstinstanzliche Urteil des Militärgerichts 4 von Anfang Dezember wurde Berufung eingelegt.

Alle Parteien, also der Ankläger der Verteidiger und die Anwältin der Opferfamilie ziehen das Urteil weiter, wie Mario Camelin, Sprecher der Militärjustiz, am Freitag auf Anfrage sagte. Damit kommt der Fall vor die

nächst höhere Instanz, das Militärappellationsgericht. Anfang Dezember wurde der 57-jährige Schweizer Grenzwächter in erster Instanz zu einer bedingten Freiheitsstrafe von sieben Monaten und einer ebenfalls bedingten Geldstrafe von 60 Tagessätzen zu je 150 Franken verurteilt.

Der Grenzwächter war als Einsatzleiter zuständig für eine Gruppe von über 30 Flüchtlingen, die 2014 auf einem Rücktransport nach Italien in Brig auf einen Zug warteten. (SDA)

## Streit um Ernährung

Wie erwartet lehnt der Nationalrat die Initiative «für Ernährungssouveränität» ab, die allen Parteien ausser den Grünen zu weit geht. Das Volksbegehren der Bauerngewerkschaft Uniterre will etwa Importe von nicht nachhaltig produzierten Lebensmitteln mit zusätzlichen Zöllen belegen, «gerechte Preise» festlegen und verlangt Massnahmen, damit in der Landwirtschaft wieder mehr Personen beschäftigt werden können. Zudem sollen gentechnisch veränderte Organismen

verboten werden. Verständnis und Sympathie für das Ziel der Initianten zeigten zwar alle Fraktionen. Für zielführend hielten das Volksbegehren jedoch nur die Grünen.

Aus Sicht der anderen Parteien sind für viele der Forderungen entweder bereits gesetzliche Grundlagen vorhanden, in anderen Punkten geht ihnen die Initiative zu weit. Dazu gehören die geplante staatliche Preis- und Mengensteuerung und die vorgeschlagenen Importbeschränkungen. (SDA)